



Martin-Schleyer-Straße 27  
78465 Konstanz

Mail: [Riehle@Riehle-Dennis.de](mailto:Riehle@Riehle-Dennis.de)  
Web: [www.dennis-riehle.de](http://www.dennis-riehle.de)

Dennis Riehle – Martin-Schleyer-Straße 27 – 78465 Konstanz

Deutscher Bundestag  
Petitionsausschuss  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Konstanz, 18. März 2022

## Petition an den Deutschen Bundestag Maßnahmen gegen die Stagflation und zur Sicherung des sozialen Friedens

### Petitionslaut:

Der Deutsche Bundestag möge umgehende Maßnahmen beschließen, um den sozialen Frieden in Deutschland sicherzustellen und die wachsende Armut im Land abzufedern.

### Begründung:

Viele Experten sehen Europa vor einer Stagflation. In Deutschland werden Inflationswerte von längerfristig mehr als 5 % erwartet. Durch den Ukraine-Krieg und die Corona-Pandemie wurde die Konjunktur abgewürgt. Gleichzeitig zahlen Haushalte voraussichtlich mehrere hundert Euro pro Jahr mehr für Heizung und Sprit, von den Krankenkassen wird gemeldet, wonach die Beiträge um 300 EUR zulegen dürften. Daneben ziehen Brotprodukte, Speiseöl und Hygieneartikel im Preis erheblich an. Ein Ende der Mietenerhöhungen bleibt aus.

Immer mehr Menschen sind in Deutschland auf Sozialleistungen angewiesen.

Gleichzeitig melden die „Tafeln“ enorme Zuwächse an Bedarf, aber immer weniger Spenden. Kaum war die Gefahr, aus der oberen Mittelschicht in die Unterschicht abzustürzen, größer. Die „Ampel“-Koalition reagiert halbherzig mit völlig unzureichenden Zuschüssen und lässt die Mehrheit der unteren Mittelschicht, der Geringverdiener und der Erwerbslosen alleine. Experten warnen nunmehr vor einer dramatischen Verschärfung des Auseinanderdriftens zwischen Arm und Reich. Der soziale Frieden in der Bundesrepublik gerät in Gefahr.

Es fehlt der aktuellen Regierung an Ideen für eine Entschleunigung der Dynamik.

Nicht zuletzt die Weigerung, große Einkommen und Vermögen stärker zu besteuern und sich von der Schuldenbremse abzuwenden, trägt wesentlich dazu bei, dass die Privatinsolvenzen immens zunehmen und selbst für Vollzeit-Beschäftigte das Alltagsleben nicht mehr bezahlbar ist. Die Parteien riskieren Unruhen, weil ihre finanz- und wirtschaftspolitische Fertigkeit vollends versagt hat und selbst in Krisenzeiten Ideologien und Dogmen wie Monstranzen vor sich hergetragen werden. Sie verhindern eine ökonomische Belebung. Es ist die Aufgabe des Staates, gemäß Art. 20 GG Sozialstaatlichkeit sicherzustellen.

Momentan werden Legislative und Exekutive dieser Aufgabe nicht gerecht. Es droht ein massiver Vertrauensverlust für die Regierung und ein Schaden für das Image aller Parteien. Man wirkt wie die Getriebenen, die die Richtlinienkompetenz nicht agierend, sondern nur antwortend ausführen. Es ist Anspruch dieser Zeit, wieder Führung zu übernehmen und schlüssige Konzepte auf den Weg zu bringen, die die Verelendung der deutschen Mittel- und Unterschicht zu verhindern in der Lage ist. Daher fordert der Petent umgehendes Handeln.

Es obliegt dem Gesetzgeber, durch bereits bekannte Maßnahmen einzugreifen.

Insbesondere sei dabei gedacht an: Einführung einer Vermögenssteuer und eines deutlich erhöhten Steuersatzes für Vielverdiener, Erhöhung der Steuern auf hohe Kapitalerträge, Absenkung der Steuerhöhe für mittlere und niedrige Einkommen, weitere Anpassung der Steuerfreibetragsgrenze für Geringverdiener, Stopp der dynamischen Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge durch Bundeszuschüsse und Entflechtung überflüssiger Leistungen der GKV sowie synergetische Strukturveränderung der Gesundheitsversorgung, Einführung einer gemeinsamen Bürgerversicherung, Deckelung der Mindestbeiträge für die Krankenkasse, Verschärfung der Mietpreisbremse, Überlegungen zum Weiterbetrieb von Atomkraftwerken zur Sicherung des Energiebedarfs, Alternativen zum fossilen Heizen und Mobilität durch verstärkte Forschung an praktikablen Energiegewinnungs- und Speichermöglichkeiten für alle Formen des Bauens, Wohnens und der Fortbewegung, massive Zuschüsse für Privatpersonen beim Umstieg auf regenerative Energien, Übergangstechnologien unterstützen, nachhaltige Lebensweise und Konsum durch Anreize und finanzielle Förderung ökologischer und regionaler Erzeugnisse breitflächig ermöglichen.

Dies stellt lediglich eine Auswahl an Wirkungsbereichen dar, in denen der Bundestag aufgefordert wird, mit unverzüglicher Intervention den Missständen entgegenzuwirken.

Der Petent:

*Dennis Riehle*